



Einreicher:

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

Betreff:

ÖPP

Erstellungsdatum 25.10.2011

Eingang 902: _____

Datum der Sitzung: _____

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Die Landesregierung hat kürzlich signalisiert, dass es künftig einen restriktiveren Umgang mit ÖPP geben soll. Ausgangspunkt dafür sind negative Erfahrungen bei der Realisierung konkreter ÖPP-Projekte, die auch vom Landesrechnungshof kritisch festgestellt wurden.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Welche Schlussfolgerungen zieht der Oberbürgermeister aus der kritischen Bewertung der Landesregierung zu ÖPP-Projekten?

Unterschrift